

Herr BM, verehrte Mitglieder des Verw. Vorstandes,  
liebe Kolleginnen u. Kollegen des Rates,

Zunächst ein paar Worte zur finanziellen Großwetterlage:

Das Klagen der Kommunen ist laut und umfassend, bis hin zu der Frage, ob der grundgesetzliche Selbstverwaltungsauftrag und die finanzielle Eigenverantwortung überhaupt noch gegeben sind. Die jüngsten Überlegungen von Neuenrade zur Verfassungsklage sind sicherlich noch allen Ratskollegen präsent.

Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein Teil dieser Lage in vielen Kommunen hausgemacht ist. Für Schwerte steht dafür das FAB. Es hat uns allein an Zuschüssen zu den Betriebskosten weit über 20 Mio. gekostet und wird uns auch noch weitere Jahre belasten.

Völlig schuldenfrei in NRW sind z. B. Düsseldorf, Langenfeld, Issum, Roetgen, Niederzier, Olfen, Raesfeld, Reken, Breckerfeld u. a.

Es geht also!

Die Maßnahmen der heute schuldenfreien Städte waren vielfältig:

z.B. Verzicht auf eigene Schwimmbäder (Raesfeld), oder auf eigene Hochkultur (Langenfeld). Oder ausschließlich ehrenamtlicher Betrieb von Museen und Bibliotheken.

Aber: Solange die Gewerbesteuer 50 % der gesamten Einnahmen ausmacht und dabei extremen Schwankungen unterliegt von ebenfalls bis zu 50%, sind wir ihr auch in Schwerte hoffnungslos ausgeliefert. Die FDP schlägt darum seit Langem den Ersatz der Gewerbesteuer durch eine Kommunalsteuer aus Einkommen- und Körperschaftssteuer sowie einem höheren Anteil an der Umsatzsteuer vor.

Trotz aller Aufrufe zur Resignation: Die Verschuldung wie ein „Gottesgericht“ zu akzeptieren, führt nur noch weiter in den Sumpf; mit Lethargie wird es nur noch schlimmer.

**Schwerte hat auch bereits viel getan** (und das wird ja sogar von der Kommunalaufsicht so anerkannt) :

- Grund- u. Gewerbesteuern moderat angehoben,
- Elternbeiträge nur für mittlere und stärker für höhere Einkommen erhöht,
- freiwillige Leistungen reduziert,
- Anzahl der Ratsmitglieder und der Fraktionszuwendungen gesenkt,
- Reduzierung des Zuschusses für KuWeBe sowie die Kosten für die Straßenbeleuchtung reduziert,
- die städtischen Gesellschaften mit ins Boot genommen, allen voran die Sparkasse,
- und schließlich nach jahrelangem, schweren Leidensweg das FAB zum Vorjahresende geschlossen

**Wir haben zum HH 6 Anträge vorgelegt und begründet:**

- Keine Instandsetzungsmaßnahmen mehr für das R II !
- Kein Ankauf der Grundstücke an der Holzstraße, stattdessen
- Wohnbebauung westlich Wandhofen,
- Verkauf für Wohnbebauung des Geisecker Sportplatzes für 2 Mio. € und davon je 1 Mio. für einen neuen Sportplatz und für den HH als eine weitere HSK-Maßnahme,
- Moderater Beitrag der Sportvereine an den Energiekosten und
- anstelle eines Doppelhaushaltes nur den Teil für 2010 verabschieden.

Die Summe der von uns vorgeschlagenen finanziellen Verbesserungen in diesen Anträgen beläuft sich auf **2,6 Mio. €** ! Damit haben wir gezeigt, dass wir sowohl sparen als auch gestalten können und haben gleichzeitig noch ein „Konjunkturpaket Schwerte“ aufgelegt.

Uns ist dabei wichtig, dass wir nach der Krise (und die wird in ein paar Jahren vorbei sein) besser da stehen als vor der Krise.

Den Spannungsbogen von totalem Verzehr des Eigenkapitals im städtischen HH und damit nicht genehmigungsfähigem HSK auf der einen Seite und städtischen Gesellschaften mit guter Eigenkapitalausstattung auf der anderen Seite kann man nur mit einem **Konzernabschluss** überbrücken. Dieser ist zwar rechtlich erst spätestens 2010 zu erstellen, andererseits sollte er 2 Jahre nach Umstellung auf NKF möglich sein. Wir fordern also den Bürgermeister und den Kämmerer auf, diesen **Konzernabschluss schon per 31.12.2008 zu erstellen** und uns schnellstmöglich vorzulegen.

Darüber hinaus regen wir an, in zukünftigen Haushalten, innerhalb des Vorberichtes für möglichst viele Positionen einen **interkommunalen Vergleich** anzustellen. Dies würde der Klarheit und dem Verständnis dienen, aber auch Denkanstöße liefern.

Auch könnten wir uns vorstellen, dass z. B. für die Rechnungsprüfung durch den Kreis ein Jahreskontrakt mit festen Summen verabredet wird, anstatt die „durchgereichten“ Kosten stillschweigend zu zahlen.

Beim Stichwort „Kreis“ fällt mir ein, dass die **Landschaftsumlage**, die der Kreis zu zahlen hat, kein Alibi zur Erhöhung der Kreisumlage sein kann da er (beim derzeitigen Stand der Planungen) sogar noch 160.000 € weniger an den LWL weiter zu leiten hat als im Vorjahr!

Herr BM, verehrte Mitglieder des Verw. Vorstandes,  
liebe Kolleginnen u. Kollegen des Rates,

wenn unsere Anträge und damit konkrete Vorschläge zu Einsparungen in Höhe von 2,6 Mio. € heute im Rat keine Mehrheit finden und dem Bevölkerungsrückgang in Schwerte nicht mit konkreten Maßnahmen gegengesteuert wird, werden wir diesem HH nicht zustimmen!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!